

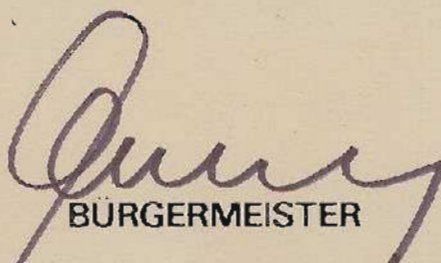
UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN

STADTTEIL HIRSCHAU BEBAUUNGSPLAN „MÜHLWEG“ (SCHULE MIT TURN - U. FESTHALLE SOWIE SPORTANLAGE)

M 1 : 500

TÜBINGEN. DEN 15. SEPT. 1986 / 10. APRIL 1987
BÜRGERMEISTERAMT

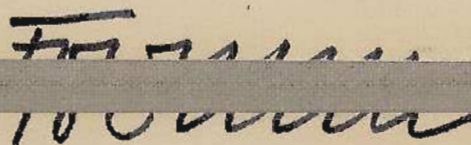
IV.



BÜRGERMEISTER

STADTPLANUNGSAMT

TIEFBAUAMT

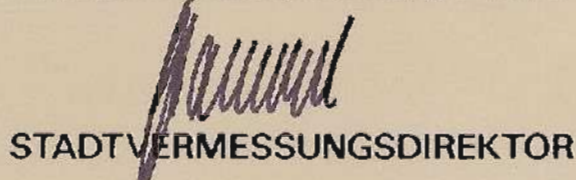


STADTBAUDIREKTOR



STADTBAUDIREKTOR

STADTMESSUNGSAMT



STADTVERMESSUNGSDIREKTOR

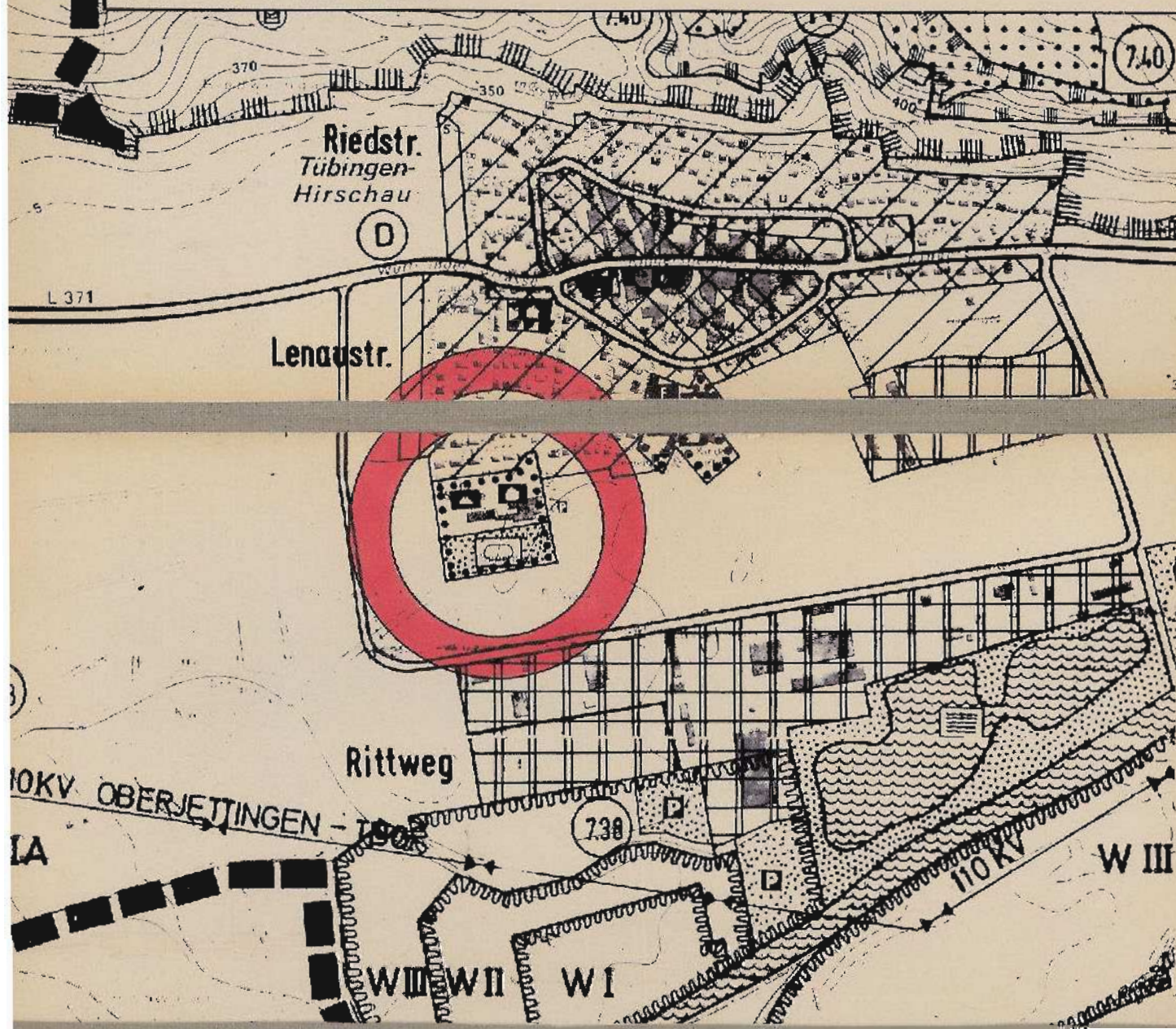
SACHBEARBEITER :

DAS ANZEIGEVERFAHREN GEM. § 11 BAUGB. WURDE
MIT VERFÜGUNG VOM 23.10.1987
Nr. 22-32/412.1 - 1066/87 ABGESCHLOSSEN

TÜBINGEN, DEN 23.10.1987
REGIERUNGSPRÄSIDIUM



ÜBERSICHTSPLAN AUS DEM FNP M 1 : 10 000



TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

A. Planungsrechtliche Festsetzungen

Nach § 9 Abs. 1 Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18.08.1976 (BGBl.I.S. 2256) mit den Änderungen der Beschleunigungsnovelle vom 06.07.1979 (BGBl.I.S. 949) in Verbindung mit den §§ 1 - 27 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 15.09.1977 (BGBl.I.S. 1763) werden folgende Festsetzungen getroffen:

1. Gemeinbedarfsfläche

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 5 BBauG)

Die festgesetzte Gemeinbedarfsfläche dient der Anlage einer Schule und

Turn- und Festhalle einschließlich der zugehörigen Nebeneinrichtungen wie z.B. Hausmeisterwohnung, Pausenhof, Hartplatz, Kinderspielflächen, Stellplätzen und Garagen. Die Nutzung der Fläche für die zeitweilige Errichtung eines Festzeltes ist zulässig.

2. Maß der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG, §§ 16 - 21a BauNVO)

Das Maß der baulichen Nutzung wird auf der Gemeinbedarfsfläche durch Grundflächenzahl (GRZ), Geschoßflächenzahl (GFZ) und Zahl der Vollgeschosse (Z) festgesetzt. Siehe Planeintrag!

3. Bauweise

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG und § 22 BauNVO)

Für die Gemeinbedarfsfläche wird abweichende Bauweise festgesetzt: offen, jedoch Gebäudelängen bis max. 175 m zulässig.

4. Öffentliche Grünflächen

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 15 BBauG)

Die festgesetzte öffentliche Grünfläche dient der Anlage von Freisportanlagen. Zulässig sind Spielfelder, Leichtathletikeinrichtungen, Tennisplätze sowie zugehörige Nebeneinrichtungen wie Ballfanggitter, Zuschaueranlagen, Spielgeräte, Kinderspielplatz, Flutlichtmasten.

5. Stellplätze und Garagen

(§§ 12 und 23 BauNVO)

In der Gemeinbedarfsfläche sind Stellplätze und Garagen in den dafür festgesetzten Flächen, in der überbaubaren Fläche und im Rahmen von § 7 in Verb. mit § 23 BauNVO zulässig.

In der öffentlichen Grünfläche sind Stellplätze nur innerhalb der dafür festgesetzten Flächen zulässig. Garagen sind unzulässig.

6. Nebenanlagen

(§ 14 BauNVO)

In der Gemeinbedarfsfläche und in der öffentlichen Grünfläche sind untergeordnete Nebenanlagen (Geräteschuppen, Spielgeräte u.a.) für die unter Ziffer 1 und 4 genannten Anlagen und Nebeneinrichtungen zulässig.

7. Flächen für Aufschüttungen

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 17 und 24 BBauG)

Zur Abschirmung der Lärm- und Geruchsemissionen von der Stellplatzfläche und den Lärmemissionen vom Hartplatz zum nördlich angrenzenden Wohngebiet wird die Anlage eines bepflanzten Erdwalls festgesetzt.

8. Pflanzgebot, Pflanzeerhaltungsgebot

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 25 BBauG)

Zur landschaftlichen Einbindung und zur Gliederung der Gemeinbedarfsfläche

und der öffentlichen Grünfläche sowie zur Abschirmung werden Gebote zur Pflanzeerhaltung und zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern festgesetzt. Es sind nur standortgerechte Laubbäume bzw. Büsche zulässig.

8. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

Auf Grund von § 8 Abs. 4 BBauG in Verbindung mit § 73 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) i.d.F. vom 28.11.1983 (GBl.S. 770) werden folgende bauordnungsrechtlichen Festsetzungen getroffen.

1. Ballfanggitter

Die maximale Höhe der Ballfanggitter wird auf 5,5 m festgesetzt, im Norden, Osten und Süden der geplanten Tennisanlage auf maximal 4,5 m beschränkt.

2. Werbeanlagen

Plakatanschlagetafeln und Dauerwerbung innerhalb der Sportanlagen sind im Planbereich unzulässig.

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde nach Empfehlung des Ortschaftsrates Hirschau.....
am 31. Jan. 1986..... gemäß § 2 Abs. (1) Bundesbaugesetz (BBauG) in öffentlicher Sitzung vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen am 21. Apr. 1986..... beschlossen und am 30. Apr. 1986..... öffentlich bekanntgemacht.

2. BÜRGERBETEILIGUNG

Die Bürgerbeteiligung gemäß § 2 a Abs. (1) BBauG erfolgte am 15. Mai 1986..... und in der Zeit vom 16. Mai 1986..... bis 30. Mai 1986.....

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat nach Empfehlungsbeschluß

des Ortschaftsrates Hirschau.....
vom 10. Okt. 1986.....
den Bebauungsplan als Entwurf
am 26. Jan. 1987..... gebilligt und
dessen öffentliche Auslegung beschlossen.

4. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Bebauungsplanentwurf hat mit Begründung gemäß § 2 a Abs. (6) BBauG nach vorheriger ortsüblicher Bekanntmachung in der Zeit vom 23. Feb. 1987..... bis 23. März 1987..... beim Bürgermeisteramt Tübingen öffentlich ausgelegt.

5. SATZUNGSBESCHLUSS

Der Bebauungsplan wurde nach vorheriger Empfehlung des Ortschaftsrates HIRSCHAU..... gemäß § 10 BBauG vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen in öffentlicher Sitzung am 29. JUNI 1987..... als Satzung beschlossen.

6. GENEHMIGUNG

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 11 ~~BBauG~~ angezeigt.
Mit Erlaß des Reg. Präs. Tübingen

vom 23. Okt. 1987..... / Nr. 22-32/412.1) -
1066/87
~~genehmigt~~ wurde das Anzeigeverfahren abgeschlossen.

7. INKRAFTTRETEN

Durchführung des Anzeigeverfahrens
Die ~~Genehmigung des Bebauungsplanes~~
wurde gemäß § 12 ~~BBauG~~^B am 9. NOV. 1987.
ortsübliche bekanntgemacht.
Mit dieser Bekanntmachung wurde der
Bebauungsplan rechtsverbindlich.

Tübinger Höhen

Bei den Höhenangaben im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans handelt es sich um Angaben im Tübinger Höhensystem.